



SACHSEN-ANHALT

Nummer Sicher

ag. In Wanleben geht man auf Nummer Sicher. In das ehemalige Gefängnis zieht jetzt das Grundbuchamt des Landkreises ein. Unterlagen sowie Teile von Akten des Amtsgerichtes werden künftig in zwölf Zellen „einsteigen“. Weniger die Gefahr des Aus- als vielmehr die des Einbruchs dürfte die Kommunalpolitiker zu dieser Variante bewegen haben. Vor dem Hintergrund des Brandanschlags auf das zentrale Grundbucharchiv in Barby ist die Idee so schlecht nicht. Schließlich hängt von derartigen Unterlagen mitunter nicht nur die Zukunft des einzelnen, sondern auch die einer ganzen Region ab. Die kleinen Knastfenster am Gebäude müßten bleiben – das forderte der Denkmalrat. Einziges Zugeständnis: die gefängnistypischen Gitter dürfen verschwinden. Vielleicht hätte man gerade auf sie nicht verzichten sollen. Doppelt hält schließlich besser.

MDR-Regional

Heute um 19.00 Uhr:
- Fragen und Arbeitslosigkeit –
- Fachtage in Magdeburg; Auf-
- der Suche nach Lösungen
- 17. Juni 1993 – Was in Leuna
wirklich geschah
- Unrecht nach der Wende? –
- Stehen ehemalige politische Häft-
- linge aus DDR-Zeiten heute im
sozialen Aspekt?

NEUE ZEIT
Landesbüros Sachsen-Anhalt
Magdeburg:
Breiter Weg 253
O-3010 Magdeburg
Tel.: 03 91/317 28; Fax: 317 48
Korrespondentin: Gudrun Oelze
Halle:
Leipzigstraße 61/62
O-4020 Halle (Saale)
Tel.: 03 45/213 98; Fax: 279 53
Korrespondent: Dirk Furchert
Zeit:
Postfach 64; O-4900 Zeitz
Korrespondent: Roland Lüders

Prüfaufsicht des Landesrechnungshofes kritisiert

Innenausschuß berät über Kommunalverfassung / Koalitionsfraktionen orientieren auf süddeutsches Modell

Von NZ-Korrespondentin
Gudrun Oelze

Magdeburg. Wohl nicht alle Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt geben ihre verfügbaren Finanzen mit der erforderlichen Haushaltsrechtlichen Sorgfalt und gebotenen Sparsamkeit aus. Anhaltspunkte für eine solche Annahme brachten die bisher 37 überörtlichen kommunalen Prüfungen des Landesrechnungshofes, die unter anderem für die kreisfreie Stadt Dessau und das Altmarktätchen Andeise erhebliche Mängel aufwiesen. Die von den obersten Rechnungsprüfern des Landes hauptsächlich „als Empfehlungen und Ratschläge“ gedachten Prüfungen auf kommunaler Ebene stießen aber nicht nur auf Gegenwehr. Daher war die künftige Zuständigkeit für Kommunalprüfungen am Mittwoch einer der Knackpunkte bei der abschließenden Beratung des Landtagsin-

nenausschusses zur Gemeinde- und Landkreisordnung.
Die nach derzeitiger Rechtslage dem Landesrechnungshof möglichen kommunalen Prüfungen waren einigen Politikern offensichtlich ein Dorn im Auge. So fand die im Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vorgesehene ausschließliche Prüfaufsicht des Landesrechnungshofes – in den alten Bundesländern von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein so praktiziert – Kritiker auch in eigenen Reihen. Die plädierten für eine Verzahnung der Rechnungsprüfung mit der Kommunalverwaltung. Wenn Mittelzuweisung, Rechtsaufsicht und Finanzaufsicht in einer Hand liegen, sei kaum eine unabhängige, höchstens eine Art Selbstkontrolle möglich, monierte dagegen Rechnungshofpräsident Horst Schröder. Er und der Staatssekretär im Innenministerium Hans-Peter Mahn empfahlen dem Innenausschuß am Mittwoch nun einen Kompromiß. Die Finanzen von

Städten und Gemeinden sollten künftig durch die Landkreise kontrolliert werden, der Landesrechnungshof aber die Prüfrechte für Landkreise und kreisfreie Städte behalten, teilte Mahn vor Sitzungsbeginn gegenüber NEUE ZEIT mit. Diesen Vorschlag änderten die Ausschussmitglieder dahingehend, daß der Rechnungshof für Kommunen ab 25 000 Einwohner generell zuständig sein soll – „eine hervorragende Regelung der Prüfaufsicht“, so der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Curt Becker.
Mit Beilegung auch dieses Streitpunktes kann der Landtag wahrscheinlich noch vor der Sommerpause abschließend Sachsen-Anhalts Kommunalverfassung beraten, erwartet der CDU-Politiker Becker. Der schon im Februar 1992 von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Entwurf über Gemeinde- und Landkreisordnung orientiert sich an dem sogenannten süddeutschen Modell. Die Regierung hatte ursprünglich

das norddeutsche System, das auf hauptamtlichem Gemeinde- oder Stadtdirektor und ehrenamtlichem Bürgermeister beruht, favorisiert. Nach Ansicht der Parlamentarier sollen in Sachsen-Anhalt aber die beiden kommunalen Spitzenbürgermeister und Gemeinderäte gleichermaßen gestrafft werden, so Becker. Für Bürgermeister und Landräte ist die Direktwahl für jeweils sieben Jahre vorgesehen. Im Ausschuß noch zu klären sei die Frage, ab welcher Größenordnung sich Kommunen in Verwaltungsgemeinschaften per Satzung einen hauptamtlichen Bürgermeister leisten dürfen.
Nach der Verabschiedung der Gebietsreform werden mit Gemeinde- und Landkreisordnung weitere rechtliche Regelungen der Kommunalgesetzgebung bestimmt. Das noch ausstehende Kommunalwahlgesetz liegt schon zur Beratung vor, voraussichtlich aber erst im Herbst verabschiedet.

Tiefpunkt durchschritten

Rund 30 Milliarden DM für produzierenden Bereich

Wolfen. Sachsen-Anhalt hat nach Ansicht von Landeswirtschaftsminister Horst Rehberger den Tiefpunkt seiner ökonomischen Entwicklung durchschritten. Auf einem Symposium zur Zukunft der Chemieregion sagte der FDP-Politiker, das Bundesland habe mit seinem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 8,5 Prozent im vergangenen Jahr den ersten Platz unter allen 16 Bundesländern belegt. Seit 1990 seien Investitionen allein im produzierenden Bereich von 30 Milliarden Mark auf den Weg gebracht, oder deren Realisierung stehe kurz bevor. Damit überbiete Sachsen-Anhalt auch die benachbarten Freistaat Sachsen, in dem nach Rehbergers Angaben zwar insgesamt mehr, nicht aber im produzierenden Bereich investiert wird.
Insgesamt zeichnete Rehberger ein sehr optimistisches Bild der Entwicklung im Bundesland, warnte aber gleichzeitig davor, dessen Stand an der Zahl der gesicherten oder neu geschaffenen Arbeitsplätze zu messen. Diese Größe sei ein zwar wichtiger, aber nicht ausschlaggebender Aspekt. Im Gegensatz zu DDR-Zeiten, als die produzierenden Bereiche 50 bis 60 Prozent aller Arbeitskräfte beschäftigten, werde diese Größe jetzt nur noch bei

höchstens 25 bis 30 Prozent liegen. Arbeitsplätze müßten vielmehr auf anderen Sektoren wie dem Dienstleistungsgewerbe geschaffen werden. So habe sich die Zahl der Freiberufler in den vergangenen Jahren von wenigen hundert auf 10 000 erhöht. Minister Rehberger erwartet in wenigen Jahren eine Verdoppelung dieser Zahl.
Die ökologischen Altlasten, mit denen vor allem der mittlere und südliche Teil Sachsen-Anhalts in die negativen Schlagzeilen geraten waren, sind aus der Sicht Rehbergers zwar immer noch „Sicht am Bein“, würden sich aber bereits jetzt als vorteilhaft für die wirtschaftliche Entwicklung erweisen. Wie kaum eine andere Region könne Sachsen-Anhalt eine beachtliche Zahl von Unternehmen vorweisen, die in der Umwelttechnologie tätig sind.
Investitionswillige rief Wirtschaftsminister Rehberger auf, sich trotz der gegenwärtigen Rezession im Bundesland zu engagieren. Momentan werde in Sachsen-Anhalt noch ein Drittel der Investitionen vom Staat über Fördermechanismen mitfinanziert. „Die exzellenten Förderbedingungen werden sicherlich nicht über Jahre hinweg aufrechterhalten“, ließ der Politiker keinen Zweifel.
Dirk Furchert

Regelung für Ausgleich

München: Verlegung von Landesbehörden nach Zeitz

Zeitz. „Nicht ich habe die Entscheidung für die Kreisstadt Naumburg getroffen, sondern der Landtag“, verwahrte sich Ministerpräsident Werner Münch (CDU) gegen Vorwürfe von Demonstranten vor dem Zeitzer Landratsamt, die ihm mit einem Pfeifkonzert empfangen hatten. Ziel seines Besuches war die Information über Ausgleichsmaßnahmen für Städte, die den Kreisstadtstatus verlieren.
Wichtigste Aufgabe sei jetzt die Regelung der internen Ausgleichsmaßnahmen unter den künftigen Kreispartnern selbst, erklärte Münch. Von Landesseite werde alles getan, um nicht nur einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, sondern durch Verlegung von Landeseinrichtungen auch Arbeitsplätze zu erhalten. Ab 1995 sollen diese Kommunen für die Dauer von fünf Jahren insgesamt 200 Millionen Mark erhalten. Erörtert werde noch, ob die Mittel gleichmäßig oder gewichtet nach Kriterien wie Arbeitslosen-, Einwohnerzahl oder Strukturbedingungen zu verteilen sind. In puncto Verlegung von Landeseinrichtungen ist der Umzug des Katasteramtes von Naumburg nach Zeitz sowie die Errichtung eines Schulaufsichtsamtes in der Elsterstadt angedacht. Der Ministerpräsident deutete auch die mög-

liche Verlagerung des Gewerbeaufsichts- und des Landwirtschaftsamtes nach Zeitz an.
Auf den Forderungskatalog der Zeitzer CDU eingehend, von dessen Erfüllung die Unionsfraktion im Kreistag die Wiederaufnahme ihrer „ruhenden“ Mandate abhängig machte, signalisierte Münch in vielen Punkten Konformität. So erklärte er seine Bereitschaft zur größtmöglichen Investorenförderung im künftigen Industriepark „Hyzet 2000“, für den der Maximalförderatz von 70 Prozent ausgeschöpft werden soll. Allerdings könne nicht die Landesregierung, sondern nur die Treuhänder eine Bestandsgarantie für das Hydrierwerk bis 1996 geben. Keine Chancen räume er dem Verlangen nach Verlagerung des Oberlandesgerichtes nach Zeitz ein.
CDU-Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Poser erklärte, daß seine Fraktion wieder zur parlamentarischen Tagesarbeit zurückkehrt, da man im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und weiteren Magdeburger Politikern das Ziel der Aktion erreicht habe. Dennoch sei die Androhung des kollektiven Austritts aus der Partei noch nicht vom Tisch und werde von der künftigen Entwicklung der Gebietsreform abhängig gemacht. Roland Lüders

Keine Zustimmung einer Verschärfung des § 125

Magdeburg (NZ/Isa). Sachsen-Anhalt wird einer Verschärfung des Landfriedensbruch-Paragrafen 125 des Strafgesetzbuches am Freitag im Bundesrat nicht zustimmen. Die von Bayern eingebrachten Vorschläge sind „überflüssig und untauglich“, sagte der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Hans-Jürgen KAESER (FDP), am Mittwoch in Magdeburg. Nach der Vorlage soll sich schon derjenige strafbar machen, der sich nicht aus einer Menschenmenge entferne, wenn die Polizei dazu aufgefordert hat. Das geltende Strafrecht biete genügend Instrumente, um Menschen, die bewußt Gewalttäter schützen wollen, strafrechtlich zu belangen, betonte KAESER. Es müsse in Zukunft darum gehen, „die bestehenden strafrechtlichen Bestimmungen“ durchzusetzen. Sachsen-Anhalt werde sich gleichzeitig dafür einsetzen, daß „Untersuchungshaf für reisende Gewalttäter wegen Wiederholungsgefahr“ auch dann verhängt werden darf, wenn es noch zu keiner Verurteilung gekommen ist, sagte der Minister. Weitergehenden Vorstellungen über Inhaftierungsmöglichkeiten werde das Land jedoch nicht zustimmen.

Kampfstoffeinlagerungen in Halle widersprochen

Halle (NZ/Isa). Halles Umweltsenken Dagmar Szabados (SPD) hat am Mittwoch Meldungen widersprochen, wonach im Süden der Saalestadt noch chemische Kampfstoffe gelagert werden. Die Kommune würde die Aussagen der Gauk-Behörde zum Orgacid-Gelände Halle-Ammendorf kennen. Die daraufhin ausgelösten Untersuchungen sowie die Luftbildaufnahmen hätten keinen Hinweis auf noch vorhandene Lost-Einlagerungen ergeben, erklärte die Bürgermeisterin. Auch das in Auftrag gegebene hydrologische Gutachten und die geophysikalischen Untersuchungen würden belegen, daß weder Kampfstoffe noch Ausgangs- oder Zersetzungsprodukte im Grundwasser nachweisbar sind. Zudem seien außer dem untersuchten Bunker keine weiteren unterirdischen Bauwerke vorhanden. Der bekannte und nach den eingeschienen Stasi-Unterlagen einzig vorhandene Lost-Bunker wurde im Mai 1990 durch Spezial-einheiten der NVA geöffnet. Der schwach lüftende Inhalt sei neutralisiert und entsorgt worden. Der in Halle erscheinende „Mitteldeutsche Express“ hatte berichtet, daß in einem Bunker 60 Tonnen chemische Kampfstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg lagen.

Winzer fürchten um die Qualität ihrer ausgezeichneten Weine

Meteorologische Untersuchungen geben Aufschluß über Umweltbeeinflussungen der geplanten ICE-Trasse durch das Anbaugebiet Saale-Unstrut

Von NZ-Mitarbeiter
Peter Salden

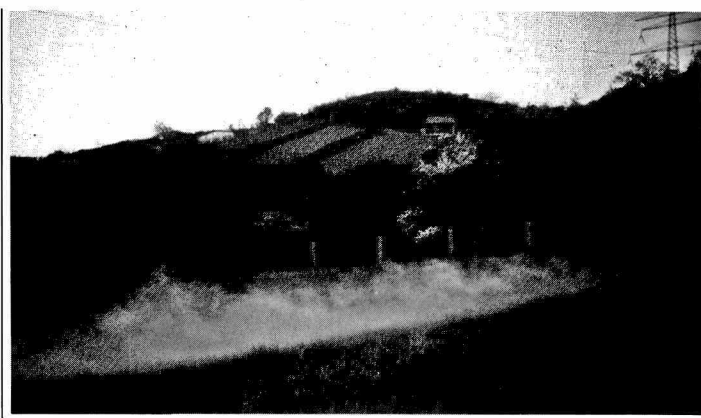
Karsdorf. Nicht nur bei den deutschen Weinkennern gelten sie inzwischen als Geheimtip – die herben Tropfen aus dem nördlichsten europäischen Anbaugebiet an Saale und Unstrut. Müller-Thurgau, Silvaner, Weißburgunder und Riesling gehören zu seinen Sorten, die am meisten angebaut werden. Erst in diesem Jahr überzeugeten fünf anhaltische Weinbaubetriebe die strengen Juroren der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die erstmals an Weine aus dieser Region das Qualitätsnachweis begehrte Deutsche Weinsiegel verliehen.

Doch die Freude über die Ehrung ist an Saale und Unstrut teilweise getrübt: Durch einige Täler beider Flüsse soll noch Ende dieses Jahrzehnts eine Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitstrasse führen und dem Inter-city-Express- und Güterzüge Geschwindigkeiten von bis zu 200 Sachen erlauben, wofür die Planungsgesellschaft Bahnbau Deutsche Einheit (PBDE) gegenwärtig die planerischen Voraussetzungen für den Bau der 123 Kilometer langen Trasse von Erfurt nach Leipzig und Halle schafft.

Manche Winzer beispielsweise an den Kalkhängen oberhalb von Karsdorf, Kreis Nebza, sehen sich sogar in ihrer Existenz bedroht: Nachdem die Hochgeschwindigkeitstrasse das Unstruttal auf einer drei Kilometer langen Brücke überquert hat, soll es in einem Tunnel durch den Osterberg führen. Doch der „Eingang“ in die Röhre wäre nur 30 Meter von den Weinstöcken entfernt. Kann der Zug einen solchen Luftstrom verursachen, daß unsere Rebstöcke wie auch immer

beeinflusst werden, fragen sich die betreffenden Weinbauern der Steiger Genossenschaft unsicher. Oder wirkt die Tunnelröhre gar wie ein Kaminabzug für die kühle Luft aus dem Tal der Unstrut? „Solche Befürchtungen sind aus meiner Sicht nicht ganz unberechtigt“, unterstrich auch DLG-Weinsachverständiger Hermann-Josef Weingart. Auch an Trassen von Eisenbahnstrecken und Bundesautobahnen beispielsweise im Rheinland hätten Winzer in den vergangenen Jahrzehnten Veränderungen des Mikroklimas feststellen müssen.
„Wir wissen sehr wohl um die Sorge der Winzer“, bestätigte Frank Kniestedt, Presseprojektor des zuständigen PBDE-Projektzentrums in Leipzig. „Bereits im vergangenen Jahr haben wir in den anliegenden Kommunen von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die verschiedenen Varianten für den Trassenverlauf vorgestellt und Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung bei Diskussionen mit Einwohnern und Anliegern deren Meinungen und Bedenken zu diesem Vorhaben eingeholt.“

Auch die PBDE, die von den Deutschen Bahnen mit den Planungsarbeiten für die ICE-Trassen beauftragt wurde, setzte sich zum Ziel, schonend mit Natur und Umwelt umzugehen, betonte der Presseprojektor. „Das betrifft sowohl die Inbetriebnahme der Strecke, als auch das zeitliche Regime an der Straße auf die Schiene verlegt werden soll, als auch den Bau der Trasse selbst.“ Aus diesem Grunde sei, nachdem das Problem von der Gemeinde Steigra an die PBDE herangetragen wurde, beispielsweise der Deutsche Wetterdienst beauftragt worden, im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie, die



Keine Frühnebel, sondern Rauchschwadenversuche des Wetteramtes Leipzig oberhalb von Karsdorf. Sie machen die abfließende Kaltluft sichtbar. Foto: Salden

derzeit erarbeitet wird, eventuelle Auswirkungen der ICE-Trasse auf die Weinberge bei Karsdorf in einem klimatologischen Gutachten zu untersuchen.
„Unsere Aufgabe besteht darin, zu ermitteln, ob sich mit dem Bau der Unstruttalbrücke, des notwendigen Dammbüschens und des Tunnelbaus das Temperaturregime am Weinberg verändert“, erklärte Diplommeteorologe Rudolf Hinnerger, Leiter des Dezernates Klimadienst vom Wetteramt Leipzig. „Vor allem müssen wir klären, ob sich die Kaltluft, die in Strahlungsflächten über den freien Flächen entsteht, schwerer als die Warmluft ist und

daher nach unten abfließt, nach dem Bau der Trasse anders als derzeit verhält und aufgrund eines Hindernisses, das beispielsweise der Bahndamm sein könnte, nach oben hin aufbaut und staut.“ Die Folge dessen könnte eine höhere Anzahl der Frosttage im Frühjahr sein – genau dann, wenn der Wein, dem das zeitige natürliche Mikroklima offensichtlich gut bekommt, austreibt.
Aus diesem Grunde erkundete der Leipziger Meteorologe zunächst den gegenwärtigen Ist-Zustand am Hang oberhalb von Karsdorf: Drei Wetterhütten wurden aufgestellt, in denen kontinuierlich Temperaturen,

Feuchte sowie an einem Standort auch Windstärke und Windrichtung registriert werden. Mit Hilfe sogenannter Rauchschwadenversuche wurden zudem im Frühjahr die abfließenden Kaltluftströme sichtbar gemacht. An jenem frühsonmerlichen Tag bildete sich bereits gegen 18 Uhr Kaltluft am Berg, die nach unten in eine Grube – ein sogenannter Kaltluftsee – abfloß, obwohl es absolut windstill war. „Die Fließrichtung ging von der geplanten Trasse weg, so daß die kalte Luft auch nach deren Bau wie bisher abfließen wird, womit der Weinbau aller Voraussicht nach nicht beeinflusst werden wird“,

meinte Rudolf Hinnerger in einer ersten Stellungnahme. Auch wurde die aufgeständerte drei Kilometer lange Brücke den Luftaustausch im Unstruttal kaum beeinträchtigen. Schließlich hätten Untersuchungen des Bundesbahnzentralamtes München ergeben, daß die Verwirbelungen der Luft infolge des Zugverkehrs selbst bei so hohen Geschwindigkeiten, auf die es der ICE bringt, kaum von Belang sind. Schon in einem Abstand von fünf Metern von der Trasse sei ein Luftzug kaum noch spürbar.

Doch auch während des Baus der Eisenbahn-Neubaustrecke, der meist die gravierenden Einflüsse auf Natur und Umwelt mit sich bringt, und nach ihrer Inbetriebnahme werden die Leipziger Meteorologen das Projekt zur Beweissicherung mit ihren Untersuchungen begleiten. „Ich finde es sehr gut, daß die Planungsgesellschaft von Anfang an die Belange der Umwelt berücksichtigt, wobei allein das erste Gutachten, das bis Ende August vorliegen wird, mehr als 20 000 Mark kostet. Und für den Fall der Fälle bilden unsere Untersuchungen die Grundlage für die eventuell erforderlich werdenden Entschädigungen der Winzer“, so Rudolf Hinnerger.

Mit der Wende hätten sich die Möglichkeiten der Klimabegutachtung wesentlich verbessert, meinte der Meteorologe abschließend. Nimmher sei man sogar in der Lage, die Auswirkungen unter anderem von dem Bau einer Grube vor ihrem Baubeginn mit Hilfe von Computermodellen und Simulationsberechnungen genauestens zu ermitteln und somit Einfluß auf ihre Lage, Größe und Gestalt zu nehmen, damit sie sich trotz allem so schnell wie möglich in die Natur einführen.